



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Mo. 9-12Uhr, Di. 13-16Uhr
Do. 8-12Uhr, Fr. 9-12Uhr

Konstanz, 28.10.2010

Pressemitteilung:

Lehmann: „Die Instrumentalisierung unabhängiger Interessenverbände für Stuttgart 21 muss ein Ende haben!“

Der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann fordert in Briefen an den Vorsitzenden des Gäubahn-Interessenverbands Guido Wolf MdL und den Vizevorsitzenden des Gemeindetags Artur Ostermeier, dass die Instrumentalisierung dieser Interessenverbände für „Stuttgart 21“ beendet wird. „Die Verbände müssen das Sprachrohr ihrer Mitglieder sein, nicht das der Landesregierung“, so Lehmann. In öffentlichen Erklärungen hatten beide Organisationen für das Projekt geworben, obwohl die Folgen von „Stuttgart 21“ in scharfem Kontrast zu den Anliegen der Verbände stehen. So wird etwa der Ausbau der Gäubahn wegen des enormen Finanzbedarfs von „Stuttgart 21“ in absehbarer Zeit nicht realisiert werden können. Insbesondere die ländlichen Gemeinden mussten bereits in der Vergangenheit erhebliche Verschlechterungen des öffentlichen Nahverkehrs hinnehmen, weitere sind vorprogrammiert. Aktuell sind die Gemeinden im Landkreis mit Forderungen konfrontiert, sich an der Sanierung von Bahnsteigkanten mit Millionenbeträgen zu beteiligen. Der Abgeordnete fordert den Einsatz des Gemeindetags gegen diese Begehrlichkeiten vonseiten der Deutschen Bahn, anstatt platte Werbung für Stuttgart 21 zu machen.

Lehmann bezieht sich auf die Erklärung „Stuttgart 21 schafft Perspektiven für die Gäubahn“ des Vorsitzenden des Interessenverbands Gäu-Neckar-Bodensee-Bahn, dem der Grüne Landtagsabgeordnete ebenfalls angehört. In dieser wird argumentiert, dass mit Stuttgart 21 der Ausbau der Gäubahn noch drängender und somit wahrscheinlicher werde. „Dass bei dramatisch zunehmender Mittelknappheit ein Ausbau der Gäubahn wahrscheinlicher würde, ist absolut unglaublich“, winkt der Landtagsabgeordnete ab. Ein Blick auf aktuelle Zahlen schaffe Klarheit:

Der Finanzierungsbedarf für alle vom Land Baden-Württemberg gewünschten Schienenprojekte liegt laut Bundesverkehrsministerium bei 6,806 Milliarden Euro, also bei 56 Prozent der Summe, die der Bund bis zum Jahre 2020 insgesamt für alle Schienenprojekte in ganz Deutschland zur Verfügung stellt. Bisher sind von diesen 6,8 Milliarden nur 1,971 Milliarden Euro mit Finanzierungsvereinbarungen abgesichert. Selbst diese Finanzierungsvereinbarungen machen schon 16 Prozent der gesamten Investitionssumme des Bundes bis 2020 aus. Da alle anderen Bundesländer auch berechnete Finanzierungsbedarfe haben, sei es nahezu ausgeschlossen, dass das Land Baden-Württemberg noch mehr Finanzmittel erhält. Während der Bund bis 2020 bereits Mittel für „Stuttgart 21“ und die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro bereitstellt, von denen wiederum bereits im Umfang von 1,488 Milliarden Euro durch Finanzierungsvereinbarungen abgesichert sind, besteht für den Ausbau der Gäubahn keine Finanzierungsvereinbarung. „Bis mindestens 2020 wird es keinen kompletten Ausbau der Gäubahn geben, wenn „Stuttgart 21“ gebaut wird – es fehlen schlicht die Mittel dafür“, erklärt Lehmann und schlussfolgert: „„Stuttgart 21“ verdrängt wichtige Bauvorhaben in der Fläche“.

Die Presseerklärung des Gemeindetags „Das Bahnprojekt Stuttgart – Ulm ist eine Zukunftschance für das ganze Land“ sitzt nach Ansicht des Landtagsabgeordneten ähnlichen Irrtümern auf. Sie verquicke auf unzulässige Weise die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm mit dem Bau des Tiefenbahnhofs und ignoriere wie auch die Erklärung des Gäubahn-Interessenverbands, dass durch „Stuttgart 21“ Mittel, die ansonsten für Schienenprojekte im ländlichen Raum zur Verfügung stünden, aufgebraucht würden. „Bereits im Jahr 2007 wurde das Verkehrsangebot im ländlichen Raum durch die Kürzung der Regionalisierungsmittel verschlechtert. Nach „Stuttgart 21“ droht hier eine weitere Durststrecke für den öffentlichen Nahverkehr, da „Stuttgart 21“ auch aus Regionalisierungsmitteln des Landes mitfinanziert wird“, argumentiert Lehmann. Das Land müsse die subventionierungsbedürftigen Zug- und Busverbindungen bestellen und bezahlen, aber gleichzeitig die Mitfinanzierung für „Stuttgart 21“ sowie die prognostizierten Kostenrisiken in erheblicher Höhe tragen. „Es ist vorprogrammiert, dass die finanziellen Spielräume für den öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum schwinden werden und weitere Kürzungsrunden anstehen“, so Lehmann. „Ein Projekt, das keine Landesaufgabe ist, frisst also die Mittel auf, die für eine originäre Landesaufgabe verwendet werden sollten.“

„Der Gemeindetag sollte sich lieber dafür einsetzen, dass die Regionalisierungsmittel nicht für Stuttgart 21 zweckentfremdet werden und längst überfällige Bahnsteigsanierungen im Landkreis vollständig von der Bahn finanziert werden“, regt Lehmann an. „Es ist eine Unverschämtheit, dass die dafür zuständigen Sparten der DB ihre Infrastruktur nicht instand halten und diese Aufgabe auf die Gemeinden abgewälzt werden soll“, stellt Lehmann fest.